



Keine geopolitischen „grey zones“ vor Russland

Dr. Klaus Olshausen

Juni 2023

Zusammenfassung

Die begonnene Erörterung über Sicherheitsgarantien für die Ukraine darf nicht davon ablenken, dass zunächst die Befreiung der Ukraine erreicht werden muss, ohne die alle Sicherheitsgarantien als wekl verblassen. Und es ist auch klar, dass jede Art von Garantie unterhalb der NATO-Perspektive bei den Ukrainern nach den Erfahrungen seit 1994 wenig Zutrauen in gesicherte Zukunft schaffen wird. Das würde den Wiederaufbau, die notwendigen Investitionen hemmen und v.a. Putin und Russland nicht von der Obsession neuer Vorstöße abhalten. Für einen dauerhaften und fairen Frieden bildet die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine die Grundsteinlegung.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Beim Europa-Treffen in Moldau ging es in vielen Gesprächen um die Sicherheit der Ukraine im und nach dem Krieg.

Während also in diesen Tagen vermehrt über die Zukunft für die Ukraine als selbständiger Staat fabuliert wird, dem man starke Sicherheitsgarantien schulde, muss man festhalten, dass der physische Kampf für die regelbasierte Ordnung, die der Westen hochhält, allein von der Ukraine geleistet wird. Mit einem Anflug von Zynismus kann gesagt werden, dass der Westen Freiheit und die geltende regelbasierte völkerrechtliche Ordnung bereit ist, bis zum letzten Ukrainer zu verteidigen.

Nach über 15 Monaten unermesslichen Leidens des ukrainischen Volkes, grauenhafter Kriegsverbrechen und massiver Zerstörungen ziviler Infrastruktur wird die Frage drängender: Wie lange kann das brutal-genozidale Vorgehen Russlands noch hingenommen und die politische Erklärung aller westlichen Staaten noch aufrechterhalten werden, dass Staaten – trotz möglicher kollektiver Selbstverteidigung gem. Art 51 der VN-Charta und ins Auge springender Schutzverantwortung (R2P) der Staatengemeinschaft – selbst angesichts solcher Grausamkeiten keine aktive militärische Unterstützung an der Seite der Ukraine leisten?

Das ist umso weniger verständlich, da alle westlichen Regierungen weiter für die territoriale Integrität der Ukraine gegen den Aggressor eintreten, aber nicht die hinreichenden Mittel aller Art, v.a. auch militärisch bereitstellen, um den Freiheits-, ja Überlebenskampf der Ukraine zu einem Erfolg zu führen. Seit Beginn der russischen Aggression wird von EU, NATO und den Mitgliedstaaten häufig hervorgehoben, dass die Ukraine „Teil der europäischen Familie“ sei. Das führte die EU schon im Sommer letzten Jahres zum Beschluss, der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten zu zuerkennen. Allerdings gelang es nur, weil viele Regierungen gleich hinzufügten, dies sei ja erst in einer Reihe von Jahren zu verwirklichen.

Ohne dass die westliche Unterstützung so umfassend ist, dass erkennbar wird: „Russland wird nicht gewinnen“, beginnen nun die Diskussionen über die von der Ukraine im Krieg dringend geforderte Sicherheitsgarantie – am besten durch einen raschen Beitritt zur NATO – wie Präsident Selenskyj nicht ruht zu betonen. Eine Gruppe von NATO-Ländern unterstützt einen raschen Beitritt. Andere – wie Deutschland – machen positive Bemerkungen, verbinden dies aber mit dem glasklaren Hinweis, dass darüber in keinem Fall während des Krieges verhandelt werden kann. Das bedeutet, dass man auf der Aussage von 2008 stehen bleiben will. Eine dritte Gruppe überlegt, ob und welche Sicherheitsgarantien von einer Anzahl von Staaten möglich sind, die von Russland als glaubwürdige Abschreckung wahrgenommen werden. Präsident Macron erläuterte bei einer kürzlichen Sicherheitskonferenz in der Slowakei, man könne in einem ersten Schritt eine Sicherheitsgarantie erarbeiten, die nicht so weitreichend ist wie der Artikel 5 der Allianz, aber stärker als die bestehenden Verpflichtungen westlicher Staaten gegenüber Israel.

Was die Ukraine allerdings jetzt braucht sind „Sicherheitsgarantien“, um den Krieg erst einmal zu gewinnen. Das bedeutet weiter vermehrte und verbesserte Ausstattung der Streitkräfte, massive Anwendung von Sanktionen und gleichbleibende finanzielle, wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung – gerade mit den Folgen der Zerstörung des Kakhovka-Staudamms am Dnjepr. Russlands Hoffnung, die NATO- und EU-Staaten auseinander zu treiben, kann allerdings deutlich vermindert werden, wenn der NATO-Gipfel in Vilnius der Ukraine einen Status als Beitrittskandidat gibt, wie das Ende der 90er Jahre z.B. für die baltischen Staaten erfolgte. Das verlangt, die „Krücke“ eines „NATO-Ukraine Rates“ ad acta zu legen und mit einem eindeutigen „Membership Action Plan“



der Ukraine den Weg in das Bündnis aufzuzeigen und – mindestens so wichtig – Putin vor Augen zu führen, dass er mit seiner Aggression jede Art kolonialer Ansprüche in Europa verwirkt hat.

In Vilnius muss vermieden werden, dass über Sicherheitsgarantien geredet wird, die so löchrig sind, wie die militärische Unterstützung seit über einem Jahr zu zögerlich, zu gering und zu langsam war und ist, um der Ukraine eine zügige Befreiung der besetzten Gebiete zu ermöglichen. Jede diffuse oder kontroverse Erörterung über Sicherheitsgarantien bestärkt nur Putins Überzeugung, er könne die westliche Geschlossenheit aufbrechen und seinen imperialen Zielen schrittweise doch noch näherkommen.

Wenn es zu keiner geschlossenen Haltung für einen zügigen NATO-Beitritt kommt, ist eine zwingende Folge, die ukrainischen Streitkräfte jetzt und für die Zukunft militärisch mit allen Fähigkeiten auszustatten, die der Ukraine eine wirksame und glaubwürdige Abschreckung gegen Russland erlauben. In der Abwägung solcher Perspektiven hat Henry Kissinger Ende Mai seine Auffassung bekräftigt, nach der Aggression Russlands die Ukraine in die NATO aufzunehmen, da es jetzt keine „grey zones“ mehr geben kann.

Ein klarer Weg der Ukraine in die NATO kann und wird auch ein wichtiges Element glaubwürdiger „intra war deterrence“ bilden. So wie Präsident Biden – ohne einen bilateralen Verteidigungspakt mit Taiwan – mehrfach betont hat „We will defend Taiwan“, würde Putin mit einer klaren Aussage beim NATO-Gipfel nicht mehr darauf rechnen können, dass er noch mit jeder weiteren Grausamkeit gegen die Ukraine durchkommen wird, ohne dass neue Entscheidungen der Staaten der Allianz plus Partner für eine freie Ukraine Platz greifen. Es wäre die angemessene Nutzung eines Stichworts von General Gerassimow: politische Eskalation, um den anderen zur De- Eskalation zu treiben/zu veranlassen. Und niemand sollte annehmen, dass Russland mit weniger als einem NATO-Beitritt der Ukraine von neuen aggressiven Vorstößen abgehalten werden kann.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen